

Was soll diese unsinnige Zentrum Nauengut AG?

Die Gemeinde Dürnten besitzt seit 1987 dank der Knecht-Wethli-Stiftung (welche sämtliche Baukosten finanzierte) ein sehr kostengünstiges Alters- und Pflegeheim mit einer veraltungsoptimalen Führungsstruktur innerhalb der Gemeindeverwaltung.

Die Spitex Dürnten hat zurzeit eine eigene Struktur und kann sich bei Bedarf jederzeit in die bestehende Spitex Bachtel AG integrieren und damit einen optimalen 24-Stunden-Pflegeservice flächendeckend auch in Dürnten anbieten. Die Spitex Bachtel AG versorgt momentan mit rund 170 Mitarbeitenden die Einwohner der Gemeinden Gossau, Hinwil, Rüti, Seegräben und Wetzikon mit individuellen Leistungen in der ambulanten Pflege, Betreuung und Hauswirtschaft.

Die Initialisierungskosten (Beratungskosten) für diese zu bildende Zentrum Nauengut AG betragen 600 000 Franken.

Davon wurden 350 000 Franken bereits durch die emotionsgeladene, schwach besuchte Gemeindeversammlung bewilligt, und weitere 250 000 Franken sind noch geplant. Da die zu gründende Aktiengesellschaft kein Kapital hat, werden durch verschiedene Finanztransaktionen 2,3 Millionen Franken in Form von Aktien, 0,4 Millionen Franken Sacheinlagen und das Gebäude des Alters- und Pflegeheims inklusive Land für 1,8 Millionen Franken aus dem Gemeindebesitz in die AG verlagert.

Weitere Garantien von 4,6 Millionen Franken werden der Aktiengesellschaft von der Gemeinde als Darlehen zugesichert.

Zudem werden für den Betrieb einer neuen Altersberatungsstelle im Nauengut jährlich 80 000 Franken von der Gemeinde zugesichert.

Die Zentrum Nauengut AG soll durch eine Geschäftslei-

tung und einen fünfköpfigen Verwaltungsrat geführt werden. Da nur ein Mitglied des Gemeinderats im Verwaltungsrat sein muss, sind wir als Gemeinde mit einem 100-Prozent-Sachkapitalanteilen massiv untervertreten und haben bei operativen und strategischen Entscheidungen keine Mehrheit. Dadurch wird die AG fremdgesteuert.

Wie viele Stellenprozentage auf der Gemeindeverwaltung durch die neue Struktur abgebaut werden, ist leider nicht ersichtlich. Auch die Gewinn- respektive die Verlustrechnungen der neuen Zentrum Nauengut AG sind trotz dem massivem Kapitaleinschuss der Gemeinde nicht tragbar und liegen laut Businessplan bei 11 000 Franken pro Jahr im rot-schwarzen Bereich. Wenn die geplante AG aber insolvent wird oder in Konkurs gehen sollte, so kommen wir als

Steuerzahler zum zweiten Mal zur Kasse.

Die bestehende Betriebskommission, welche aus Einwohnern von Dürnten besteht und die Bedürfnisse der Gemeinde kennt, wird aufgelöst und daher der Kontakt zur Heimleitung unterbunden. Wollen wir wirklich das bewährte kleine, aber feine Alters- und Pflegeheim Nauengut einer nicht bekannten Geschäftsleitung und einem möglichen ortsfremden Verwaltungsrat überlassen?

Der vorliegende Antrag zur Schaffung einer Zentrum Nauengut AG ist dringend abzulehnen, da wir als Steuerzahler keinen direkten Einfluss mehr über die Führung, das Budget, die Jahresrechnung und die Investitionen haben.

Herbert Fehlmann, Dürnten, ehemaliges Mitglied der RPK und der Alterskommission

Aussagen richtigstellen

«Geplante Alterswohnungen sind am falschen Ort»,
Leserbrief vom 29. Mai

Als Vorstandsmitglied der WBG möchte ich einige Aussagen von Peter Hagen richtigstellen. Herr Hagen schreibt in seinem Leserbrief, die WBG habe versäumt, ihre Wohnblöcke zu renovieren und umzubauen, und habe die Hausaufgaben nicht gemacht.

Dabei hat Herr Hagen aber wohl bewusst übersehen, dass die WBG seit 2015 über vier Millionen Franken in diese Hausaufgaben, sprich Renovationen, investiert hat. Und dies notabene mit einem grossen Teil von Hinwiler Handwerkern. Warum ein Gegner einmal mehr versucht, mit solch falschen Aussagen gegenüber der WBG und den Wählern die Abstimmung

zu beeinflussen, sei dahingestellt. Der Leserbriefschreiber erwähnt auch den Dorfbrand und weiss als Hinwiler anscheinend nicht, dass Bahnhof und Zentrum zu Fuss in 5 bis 10 Minuten zu erreichen sind.

Dass die WBG das Land zu einem günstigen Preis erhalten wird, ist richtig. Verwunderlich aber, dass die Gegner in keiner Weise die Mieten der Alterswohnungen erwähnen. Mit Mieten von 1090 bis 1240 Franken wird die WBG den günstigen Kaufpreis eins zu eins an die neuen pensionierten Mieter im Sinne des Legats weitergeben. Ich bin überzeugt, dass die Hinwiler Wähler dies sachlich und richtig einschätzen und ein Ja in die Urne legen.

Armin Schneider, Rapperswil, Vorstand WBG Bachtel Hinwil

Ja zum Zeughaus – auch für unsere Vereine

Am 13. Juni stimmen wir in Uster ab über den Projektkredit für das Kulturzentrum im Zeughaus Uster. Aus kaum nachvollziehbaren Gründen erhält das Projekt von bürgerlicher Seite scharfen Gegenwind. Ein elitärer Kulturpalast solle da entstehen, wird moniert. Es ist mir beim besten Willen nicht gelungen, am vorliegenden Projekt etwas Elitäres zu bemerken.

Der geplante Bau sieht Räumlichkeiten vor, wie sie uns damals vorschwebten, als ich mich als Präsident eines Ustermer Vereins für das Zeughaus engagierte. Der Kostenrahmen erscheint angemessen. Es wäre schlicht illusorisch, den Ersatz für Stadthofsaal und Central für weniger als 20 Millionen bauen zu wollen.

Es mag ja gute Gründe geben, dem ungeliebten Stadtrat etwas Sand ins links-grüne Getriebe zu streuen. Vielleicht

sind im lokalen Politbetrieb auch noch alte Rechnungen offen. Aber für irgendwelche Retourkutschen lässt sich ein anderes Objekt finden, das Zeughaus eignet sich dafür nicht. Zu lange schon warten Vereine und Kulturbetrieb auf einen zeitgemässen Veranstaltungsort.

Die bürgerliche Politik könnte sich ja rechtzeitig um das vorgesehene Nutzungskonzept kümmern. Dort entscheidet sich, ob es ein elitäres Haus wird oder ob die Ustermer Vereine ihren berechtigten Vorrang erhalten. Und die Politik könnte dafür sorgen, dass Zeughaus und Zentrum nicht durch eine unsinnige Verkehrsführung getrennt wird.

Zweimal schon hat Uster deutlich Ja gesagt zum Zeughaus. Ich hoffe, dass dies trotz Gegenwind ein drittes Mal überzeugend der Fall sein wird.
Peter Bühler, Freudwil

Handlungsspielraum für Eigenverantwortung

Die Schweiz ist mit ihrem CO₂-Ausstoss auf sehr gutem Weg. Seit dem CO₂ der Kampf angesagt wurde, hat die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern Anstrengungen zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen unternommen, die ihresgleichen suchen. Die CO₂-Emissionen pro Kopf sind in den letzten zehn Jahren um einen Viertel zurückgegangen, obwohl im gleichen Zeitraum die Bevölke-

rung um mehr als zehn Prozent von 7,82 Millionen auf 8,62 Millionen zugenommen hat. Gleichzeitig ist die Schweiz nur für ein Promille der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich, ein Anteil, der verschwindend klein ist. Selbst wenn wir unsere Anstrengungen verzweifelt verdoppeln, wird das keinen nachhaltigen und spürbaren Einfluss auf das globale Klima haben.

Diese Fakten überzeugen: Es braucht kein teures, unnötiges und ungerechtes CO₂-Gesetz, welches uns allen nur neue Gebühren, Abgaben und Steuern abverlangt. Es braucht auch zukünftig einen gewissen Handlungsspielraum für Eigenverantwortung und für vielversprechende Technologien und keine staatlich verordnete und teure Symbolpolitik, die jegliche Innovationen abwürgt.

Man sollte nicht dem Glauben verfallen, dieses Gesetz sei das Ende der Fahnenstange; Grüne und Linke haben bereits die nächsten Forderungen in der Warteschlange. Geben wir ein klares Signal und lehnen dieses teure, nutzlose und ungerechte Gesetz ab. Ganz nach dem Motto: «Wehret den Anfängen!»

Bruno Walliser, Nationalrat SVP, Volketswil

Ja zum Zeughaus – alles andere ist zu teuer

Zu den Leserbriefen «Uster muss den Gürtel enger schnallen», Ausgabe vom 12. Mai, und «Das Gespür für die Finanzen verlor», Ausgabe vom 3. Mai

Fakten zu den Leserbriefen vom 3. und 12. Mai: Fakt ist, dass der Gemeinderat deutlich mit 30 zu 3 Stimmen am 22. Januar 2018 das Raumprogramm und einen Kostenrichtwert für das Bauprojekt auf dem Zeughausareal definiert hat. Auch die FDP und die SVP stimmten klar dafür. Fakt ist weiter, dass mit dem vorliegenden Projekt das Raumprogramm nicht verändert wurde, der Kostenricht-

wert eingehalten wird und das «Zeughaus für alle» (entgegen verbreiteten Unwahrheiten) weiterhin verbrieft ist. Trotzdem ergriff die SVP das Referendum und spricht plötzlich von «überdimensioniert», «luxuriös» und «elitär». Dabei hat sich an den Fakten nichts, aber rein gar nichts, verändert.

Fakt bleibt aber, dass das Kulturhaus Central, der Stadthofsaal und das Zeughaus K2 saniert oder ersetzt werden müssen. Es wird keine günstigere Lösung geben, als dies mit dem vorliegenden Projekt auf dem Zeughausareal realisiert werden kann. Hier besteht die

berechtigte Hoffnung einer kantonalen Beteiligung, und dank dem frei werdenden Stadthofareal ist eine indirekte Finanzierung durch Desinvestition möglich. Garantiert teurer ist es hingegen, wegen politischer Grabenkämpfe das Projekt zu verzögern, stets die Strategie zu ändern, Referenden zu lancieren statt sich konstruktiv im Gemeinderat einzubringen und Planungskosten in den Sand zu setzen, damit man immer wieder von vorne beginnen muss – kostenbewusstes Denken sieht anders aus! Zudem sind die Finanzierungskosten (Zinsen) auf

einem absoluten Tiefpunkt, das heisst, die Stadt kann nie günstiger bauen.

Mir scheint, dass sich einige Ustermerinnen und Ustermer wieder etwas «Seldwyla» leisten wollen. «Und sie leben sehr lustig und guter Dinge, halten die Gemütlichkeit für ihre besondere Kunst, und wenn sie irgendwo hinkommen, wo man anderes Holz brennt, so kritisieren sie zuerst die dortige Gemütlichkeit und meinen, ihnen tue es doch niemand zuvor in dieser Hantierung.»

Fernand Schlumpf, Uster, alt FDP-Gemeinderat und WFU-Gründungspräsident

Bussen müssten empfindlich höher sein

«Dem Ton und Geruch nach auf der Jagd nach Posern», Ausgabe vom 26. Mai

Es ist unüberhörbar. Jeden Freitag und Samstag sind diese Poser mit ihren Protzschlitten unterwegs.

Es sollte doch möglich sein, diese zu kontrollieren. Die Orte der Treffen derselben sind ja bekannt. Wenn es aber so

offensichtlich ist, dass es Firmen gibt, die Tuning von Autos anbieten, warum greift man die Besitzer der abgeänderten BMW, VW, Mercedes usw. nicht gleich auf, wenn diese das Gelände verlassen? Sie fahren ja im öffentlichen Raum.

Die Bussen müssten empfindlich höher sein. Denn wer Geld hat, ein 100 000 Franken teures Auto zu kaufen oder zu

mieten, im schlimmsten Fall zu leasen, der hat auch sicherlich Geld für eine entsprechend hohe Busse, die für das Lenken eines nicht betriebssicheren Fahrzeugs und das mutwillige Verursachen von Lärm ausgestellt wird.

Ich hoffe, dass auch auf der politischen Ebene diesem Treiben ein Ende gesetzt wird.
Iris Weber, Rüti

Leserbriefe zu den Abstimmungen

Mehr Leserbriefe auf Seite 20. Mit der Publikation von Zuschriften zu den Abstimmungen vom 13. Juni hören wir wie üblich eine Woche vor dem Abstimmungswochenende auf, dieses Mal am nächsten Samstag. Jetzt noch eingehende Zuschriften können aus Platzgründen mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht mehr berücksichtigt werden. Es wird keine Korrespondenz geführt. (zo)

ANZEIGE

Zürcher Betriebe nicht zusätzlich auspressen.
Schädliche Familien-Initiative
NEIN



Daniela Rinderknecht
Kantonsrätin SVP



Yvonne Bürgin
Kantonsrätin
Die Mitte



Jörg Kündig
Kantonsrat FDP



Benjamin Fischer
Kantonsrat, Präsident
SVP Kanton Zürich

Die Mitte Kanton Zürich | FDP Die Liberalen | glp | SVP Schmeiss Qualität Die Partei der Unabhängigen
Abstimmung 13. Juni 2021 | www.genug-ausgepresst.ch